

**Österreichische Stellungnahme**  
**zum 1. Entwurf der Europäischen Kommission**  
**für die Überarbeitung der De-minimis VO für die Erbringung von**  
**Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Die österreichischen Behörden bedanken sich bei der Europäischen Kommission (EK) für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum 1. Entwurf der EK für die Überarbeitung der Verordnung (EU) Nr. 360/2012<sup>1</sup> mit den spezifischen De-minimis Vorschriften für Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) erbringen.

**ZUSAMMENFASSENDE ANMERKUNGEN**

Wie in Art 2 Abs 2 der DAWI De-minimis VO dargelegt sind Beihilfenbeträge im Rahmen der De-minimis Grenzwerte zugunsten von Unternehmen, die DL von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen, grundsätzlich auf Grund ihrer Geringfügigkeit nicht geeignet, den Handel zwischen MS zu beeinträchtigen und den Binnenmarkt zu verfälschen. De-minimis Förderungen werden daher als Maßnahmen angesehen, die nicht alle Merkmale für das Vorliegen einer potenziell Binnenmarkt-relevanten Beihilfe iS des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllen.

Entsprechend unterliegen De-minimis Förderungen bisher nicht den beihilferechtlichen Verpflichtungen der ex-ante Notifikation und der ex-post Berichterstattung an die EK.

Die Einführung von neuen administrativen Bürden vor allem der konkrete Vorschlag der EK für ein neues, verpflichtendes Register auf nationaler oder EU-Ebene, in dem jede einzelne De-minimis Förderung zu verzeichnen wäre, ist nicht rechtfertigbar, unverhältnismäßig, überschießend und mit den Gegebenheiten eines föderalen Förderwesens schwer realisierbar.

<sup>1</sup> Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der EK vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV auf De-minimis-Beihilfen Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8).

	1

Wie bereits im Rahmen des 1. Beratenden Ausschusses am 24.5.2023 mündlich dargelegt, wäre die Errichtung eines eigenen zentralen De-minimis Registers, das alle De-minimis Förderungen von allen lokalen, regionalen und nationalen Behörden vollständig und zeitnah erfassen würde, in einem Rechtsstaat, in dem die föderale Struktur verfassungsmäßig verankert ist, nicht einfach umsetzbar und wird abgelehnt.

Die österr. Behörden begrüßen jedoch die vorgesehene Angleichung der spezifischen Regelung an die allgemeine De-minimis Systematik, wonach Unternehmen in Schwierigkeiten auch in der spezifischen DAWI De-minimis VO nicht länger vom Anwendungsbereich ausgeschlossen sein sollen.

Überdies begrüßen die österr. Behörden die Anhebung der DAWI De-minimis Schwellwertgrenze von € 500.000 auf € 650.000 pro Unternehmen innerhalb von 3 Jahren.

### **ANMERKUNGEN IM DETAIL ZU EINEM ZENTRALEN REGISTER**

Die österr. Behörden verweisen auf Art 5 Abs 4 AEUV, wonach die Organe der EU den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit anwenden und die Maßnahmen der EU nicht über das zur Erreichung der Ziele der Verträge erforderliche Maß hinausgehen sollen.

Das Ziel der Beihilfenkontrolle iS des AEUV ist die Vermeidung der Verzerrung des Wettbewerbs im Binnenmarkt.

Unstrittig ist, wonach De-minimis Förderungen auf Grund der Geringfügigkeit des Gesamtbetrages grundsätzlich nicht geeignet ist, den Handel zwischen den MS und den Wettbewerb im Binnenmarkt zu verzerren. Es sind somit gar nicht alle Merkmale für das Vorliegen einer „staatlichen Beihilfe“ gemäß Art. 107, Abs. 1 AEUV erfüllt.

Es wurde seitens der EK nichts vorgebracht, wonach die seit 1996<sup>2</sup> bestehenden und bewährten Modalitäten der allgemeinen De-minimis Regelung bzw. der seit

<sup>2</sup> Mitteilung über De-minimis Beihilfen, ABl. C 68 vom 6.3.1996, S.9.

	2

2012 spezifischen DAWI De-minimis Regelung zu irgendwelchen von der EK festgestellten, nennenswerten Missbräuchen oder Binnenmarktverzerrungen geführt hätten.

Die Verpflichtung zur Einführung eines neuen zentralen Registers auf nationaler oder EU-Ebene, in dem jede einzelne De-minimis Förderung zu verzeichnen wäre, ist unverhältnismäßig und wird daher von den österr. Behörden, insbesondere vom österr. Gemeindebund, der Vertretung aller Gemeinden (Kommunen) abgelehnt.

In Österreich, in einem föderalen Staat gilt das EU-Beihilferecht direkt und unmittelbar. Für die (beihilfe-) rechtskonforme Ausgestaltung und Abwicklung sind im Rahmen des Föderalismus und der Privatwirtschaftsverwaltung jene Behörden und deren beauftragte Abwicklungsstellen direkt verantwortlich, in deren Zuständigkeit die Maßnahme fällt.

Der Förderwerber wird im Fördervertrag verpflichtet, die explizit genannten beihilferechtlichen Bedingungen, Voraussetzungen und Obergrenzen einzuhalten, ansonsten besteht eine Rückzahlungspflicht. Das föderale Fördersystem hat bisher auf den jeweiligen zuständigen lokalen, regionalen und zentralen Ebenen in der Regel gut funktioniert.

Ein unvollständiges Register (etwa auf Grund von unvollständigen Daten der vielen verschiedenen lokalen, regionalen und zentralen Förderstellen) wäre zudem untauglich, vielmehr würde es zu Rechtsunsicherheiten führen, da ein unvollständiges Register keine verlässlichen Informationen über die tatsächlich zugesagten Förderungshöhen für ein Unternehmen liefern kann.

Die österr. Behörden ersuchen die EK, die Anmerkungen entsprechend zu berücksichtigen und von der Verpflichtung für die Errichtung eines zentralen De-minimis Registers Abstand zu nehmen.

	3